

NEIN zur Verschärfung von Ausländergesetz (AuG) und Asylgesetz (AsylG)

# Mobilisieren wir uns für die Einheit der Lohnabhängigen!

Durch das neue Ausländergesetz (AuG) und die sechste Revision des Asylgesetzes (AsylG) sollen die Lebens- und Arbeitsbedingungen für MigrantInnen verschlechtert werden. Das AuG drängt alle aussereuropäischen MigrantInnen in die Illegalität, ausser Hochqualifizierte. Die sechste Revision des AsylG bedeutet das Ende des Asylrechts in der Schweiz und verschärft die Repression gegen Asylsuchende.

## Eine Migrationspolitik im Dienste der Bosse...

Die Abstimmung über diese zwei Vorlagen findet am 24. September 2006 statt, ein Jahr nach der Annahme der Ausweitung der so genannten «Personenfreizügigkeit» auf die zehn neuen EU-Mitgliederstaaten. Das ist kein Zufall. Denn diese drei Vorlagen gehören zusammen und sind Teil einer Politik im Interesse der Schweizer Bosse.

- Die Ausweitung der «Personenfreizügigkeit» auf alle 25 EU-Mitglieder, ohne gleichzeitige Verstärkung der Massnahmen zum Schutz der Lohnabhängigen, wird zu einem generellen Lohndruck führen, da eine Konkurrenz unter allen Lohnabhängigen geschaffen wird.
- Die Verschärfung von AuG und AsylG wird die Migration aus aussereuropäischen Ländern erschweren, denn Lohnabhängige aus diesen Ländern sind für die Schweizer Bosse weniger nützlich, während gleichzeitig garantiert wird, dass für einige Wirtschaftssektoren genügend papierlose Lohnabhängige zur schamlosen Ausbeutung zur Verfügung stehen.
- Diese Spaltung der Menschen in zwei Kategorien wird durch den öffentlichen Diskurs über die «unmögliche Integration» aussereuropäischer – also potentiell gefährlicher – MigrantInnen begleitet. Damit wird die Fremdenfeindlichkeit sowie die Spaltung unter den Lohnabhängigen verstärkt.

Diese Migrationspolitik der «zwei Kreise» wird – zusammen mit der Repression gegen illegalisierte MigrantInnen – auf europäischer Ebene umgesetzt. Das Ziel ist klar: Die Arbeitskosten sollen gesenkt werden. Die Prekarisierung und Überausbeutung der aussereuropäischen Lohnabhängigen sind nur eine Etappe der Offensive zur Verschlechterung der Arbeits- und Lohnbedingungen aller Lohnabhängigen.

## ... muss radikal bekämpft werden

Es ist entscheidend, am 24. September NEIN zu diesen zwei Gesetzen zu stimmen. Jedoch dürfen wir nicht vergessen, dass auch die aktuellen Gesetze 300 000 Menschen in der Schweiz zu rechtlosen Sans-papiers machen. Dass heute schon Zehntausende Lohnabhängige mit prekären Bewilligungen in Fabriken, auf Baustellen und im Gastgewerbe Unsicherheit und Überausbeutung erleben. Dass auch heute schon die geltenden Gesetze den abgewiesenen Asylsuchenden die Sozialhilfe streichen. AuG und AsylG bedeuten eine Verschärfung der Migrationspolitik. Aber Migrationspolitik

**Am 9. September 2006: Alle gemeinsam gegen AuG und AsylG, für die Einheit der Lohnabhängigen und gegen Prekarität! Mobilisierungen in Fribourg, Genf...**

Weitere Infos: ccsi.sos\_racisme@bluewin.ch (Fribourg), elcolectivoGinebra@yahoo.com (Genf)

bedeutete immer schon Selektion, Kontrolle und Diskriminierung von MigrantInnen.

Diese Politik der Selektion von MigrantInnen im Interesse der Unternehmen wird von der breiten Mehrheit der so genannten Schweizer «Linken» akzeptiert. So erklärt die ehemalige SP-Bundesrätin und Präsidentin des nationalen Komitees für das Doppelreferendum Ruth Dreifuss: «Dass unsere Migrationspolitik sich an den Bedürfnissen unserer Wirtschaft orientieren muss, ist nicht an sich schockierend.»

## Gegen Prekarität:

### Für die Einheit der Lohnabhängigen

**Im Gegenteil: Die Kampagne gegen AuG und AsylG muss mit einem umfassenden Kampf gegen die Politik der Bosse zur Prekarisierung und Spaltung der Lohnabhängigen im Namen der «Bedürfnisse unserer Wirtschaft» verbunden sein.** Hierfür müssen wir Brücken schlagen zwischen Schweizer Lohnabhängigen, MigrantInnen und papierlosen Lohnabhängigen, dies mit gemeinsamen Forderungen: NEIN zu AuG und AsylG; gegen Prekarität sowie Lohn- und Sozialdumping; Recht auf freien Personenverkehr; verstärkte soziale Rechte für alle; Festlegung von Mindestlöhnen in allen Branchen; kollektive Regularisierung der Sans-papiers.

Die heutige Demonstration in Bern ist eine erste Etappe der Kampagne. Aber unsere Mobilisierung muss weitergehen! **Überall wo es möglich ist, müssen im Herbst Mobilisierungen organisiert werden**, indem Jugendliche, Schweizer Lohnabhängige, MigrantInnen und Sans-papiers gemeinsam gegen AuG und AsylG sowie gegen die Angriffe der Bosse auf die Rechte aller Lohnabhängigen kämpfen.

Die Verschärfung der Migrationspolitik geschieht europaweit. Daher muss sich auch unsere Mobilisierung mit den Bewegungen vernetzen, die in ganz Europa für die Rechte der MigrantInnen und aller Lohnabhängigen kämpfen. Und wir müssen die Gründe für die erzwungene Migration nennen: Nämlich die weltweite Politik der Plünderung der natürlichen und menschlichen Ressourcen durch die herrschenden Klassen der kapitalistischen Mächte.

Eine wichtige Gelegenheit dafür ist die Teilnahme am **europaweiten Aktionstag vom 7. Oktober 2006** gegen die Verschärfung der Migrationspolitik und gegen Prekarität. An diesem Tag werden in ganz Europa Mobilisierungen stattfinden.

**2 x NEIN am 24. September**